



# Südtirol wächst nach Europa

Als im September 1946 der Pariser Vertrag unterzeichnet wurde, war die Möglichkeit eines friedlich vereinten und wirtschaftlich integrierten Europa noch Utopie. Dennoch, nur zehn Jahre später entstand mit den „Römischen Verträgen“ bereits der Kern der künftigen Europäischen Union. Nach Jahrzehnten des Konflikts konnte sich Europa endlich voll entfalten - und Südtirol ist seither mit und in Europa gewachsen.

Als Grenz- und Transitland war Südtirol prädestiniert, sich an seiner europäischen Dimension zu messen. Die fortschreitende europäische Integration hat im Laufe der Jahre auch Südtirols wirtschaftspolitische und soziale Entwicklung tief geprägt - man war aber im Gegenzug auch bereit, in Europa eigene Erfahrungswerte einzubringen: die friedliche Vereinigung dreier gleichberechtigte Sprachen und Volksgruppen auf einem kleinen Gebiet, die viel zitierte „Brückenfunktion“ zwischen den Kulturen und den großen Wirtschaftsräumen nördlich und südlich der Alpen. Und nicht zuletzt der verantwortungsbewusste Umgang mit einer großzügigen, völkerrechtlich abgesicherten Autonomie, deren Grundlage - der Pariser Vertrag von 1946 - in diesen Tagen gedacht wird.

## Brückenfunktion

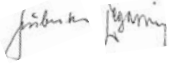
Wir leben heute in einer Europäischen Union von fast 500 Millionen Menschen, in dem jeder von uns - ob Unternehmer, Student, Rentner, Landwirt, Arbeitnehmer, Freiberufler - die vielfältigen Vorteile der europäischen Integration unterschiedlich

wahrnehmen kann. Grenzen sind gefallen, Wirtschaftsströme freizügiger geworden, Personen mobiler und vormals abgeschottete Wirtschaftsbereiche offener. All das bietet heute Chancen, von denen 1946 kaum jemand zu träumen gewagt hätte. Südtirols Wirtschaft konnte in verstärktem Maße vom rasanten wirtschaftlichen Aufschwung der 60er und 70er Jahren in Europa, insbesondere in Deutschland und Italien, profitieren und damit die Grundlage unseres heutigen Wohlstandes schaffen. Dabei wurden immer schon eigene europäische, „grenzübergreifende“ Akzente gesetzt, z.B. als Partner im so genannten „Accordino“, der dem regionalen Handel die Vorteile eines kleinen Binnenmarkts mit den benachbarten österreichischen Ländern gewährte, die damals noch nicht in der EG integriert waren. Aber auch durch zahlreiche Initiativen und Kooperationen im Bereich Minderheitenschutz, Kultur, Bildung, Verkehr, mit dem stetigen Engagement zum Schutz des Alpenraumes und der Förderung der ländlichen Entwicklung, bis hin zur Koordinierungsrolle bei den Interreg-Programmen. Wenn heute - 60 Jahre später - die jüngsten Eurostat-Zahlen der regionalen Wertschöpfung in der EU das

Land Südtirol im Spitzenfeld sehen (160% des durchschnittlichen BIP/Einwohner der EU), mit einer der europaweit geringsten Arbeitslosenquoten, so ist dies auch eine objektive Anerkennung der erfolgreichen, europäisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik unseres Landes. Der mit dem Pariser Vertrag gepflanzte Samen hat unverkennbar seine Früchte getragen...

## EU eröffnet Türen

Mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages 1993 wurde für Südtirol - neben der Öffnung des EU-Binnenmarkts - aber auch eine neue Dimension spürbar: die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen wirkten sich stärker und unmittelbarer auf Regionen, Städte und Gemeinden aus. Diese waren nun zwar für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts verantwortlich, ohne jedoch in der Gesetzgebungsphase wirklich eingebunden gewesen zu sein. Die Auswirkungen waren auch für Südtirols Beihilfen- und Förderpolitik in vielen Wirtschaftsbereichen deutlich spürbar. Eine breit koordinierte politische Reaktion war also erforderlich, um den Stellenwert



der Regionen in Europa zu erhöhen und deren spezifische Interessen in den legislativen Verfahren der EU früher und stärker einbringen zu können. Daran gekoppelt war auch eine klare Botschaft: Ja zu einem vereinten und stärker integrierten Europa, das das Subsidiaritätsprinzip und damit die Bedürfnisse der einzelnen Länder und Regionen anerkennt und respektiert - ein Nein jedoch zu den Vorstellung eines zentral gesteuerten, vereinheitlichten Europa, in dem regionale Besonderheiten keinen Platz hätten.

Auf institutioneller Ebene standen Südtirol dafür zwei wertvolle Instrumente zur Verfügung: seine Vertreter im Europäischen Parlament sowie die Vollmitgliedschaft des Landeshauptmanns im Ausschuss der Regionen, das ebenfalls durch den Maastrichter Vertrag 1994 errichtete beratende EU-Organ der regionalen Ebene. Das Land Südtirol war 1995 aber auch unter den Ersten, die – gemeinsam mit dem Land Tirol und dem Trentino – ein eigenes Verbindungsbüro zu den EU-Institutionen eröffneten - trotz des Gegenwinds zentralistisch denkender Behörden. Es wurde dabei ganz bewusst dieses grenzübergreifende Modell gewählt, die erste und bis dato einzige gemeinsame EU-Vertretung benachbarter Länder aus verschiedenen Mitgliedstaaten, um nicht nur praktische Synergieeffekte zu nutzen, sondern auch die europäische Gesinnung dieser „Europaregion“ hervorzuheben. Ein konkretes Zeichen der Öffnung und der Bereitschaft einer konstruktiven Beteiligung am gemeinsamen Projekt Europa. Wenn

heute die Regionen von der EU als wertvolle Gesprächspartner anerkannt sind und in vielen Bereichen auch unmittelbar in die Entscheidungsverfahren eingebunden werden, ist es ein Zeichen, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

Südtirol steht heute als selbstbewusster und solider Partner in der neuen, erweiterten EU. Welchen Beitrag können wir heute für Europa leisten? Der Einsatz für die regionale Causa und den Minderheitenschutz werden erwartungsgemäß auch weiterhin prioritäre Ziele bleiben. Doch weitere bedeutende Herausforderungen stehen uns bevor: die Verwirklichung des Brennerbasistunnels als Schlüsselstelle der EU-Verkehrspolitik; die Umsetzung einer nachhaltigen Politik für den Alpenraum bzw. ländlichen Raum - und die Verbesserung des Dialogs zwischen Europa und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Denn Europas größte Herausforderung scheint derzeit die Überbrückung der Kluft mit ihrer Basis zu sein. Quer durch alle Mitgliedstaaten, alte wie neue, zieht sich eine Front der Skepsis bzw. Ablehnung, die die jüngsten Polemiken um umstrittene Erweiterungen, Finanzierung des Haushalts, Liberalisierungen der Arbeits- oder Dienstleistungsmärkte verstärkt haben. Die Rückschläge im Ratifizierungsverfahren des neuen Verfassungsvertrags sind ein Beleg dafür, dass Europas Bürger nicht mehr bereit sind, das europäische Integrationsprojekt im gewohnten Ausmaß mitzutragen – auch weil sie vielleicht nicht mehr klar verstehen, wo es künftig langgehen soll. Transparenz, sachliche Information und Dialog sind also gefragt, um die gefährliche Schiefelage wieder ins Lot zu bringen. Südtirols Erfolgsgeschichte, die vor 60 Jahren mit dem Pariser Vertrag begonnen hat, ist uns daher Ansporn und Verpflichtung zugleich, auch weiterhin, gemeinsam mit unseren Partnern, für ein demokratisches, wirtschaftlich integriertes, aber vor allem bürgernahes Europa einzutreten. ■

Claudio Quaranta

DER AUTOR

**Claudio Quaranta**

*Claudio Quaranta, geboren 1964 in Meran, langjähriger Leiter des Landesaußenamtes Brüssel, seit 2005 leitender Beamter im Ausschuss für Binnenmarkt des Europäischen Parlaments in Brüssel.*

# Südtirollösung für Tibetfrage?

Sechzig Jahre Frieden in Südtirol zeigen, dass das Autonomie- ein Erfolgsmodell ist. Eignet es sich aber auch für den Export? Höchstens Teile davon, behauptet einer, der es wissen muss: der Dalai Lama, das weltliche und geistige Oberhaupt der Tibeter. Er hat Südtirol bereits zwei Mal besucht und Landeshauptmann Luis Durnwalder auch schon in seinem Exil in Dharamsala empfangen. Eine ganze Reihe tibetischer Fachleute haben zudem das Südtirolmodell eingehend studiert, weil „das Südtiroler Autonomiemodell ein modernes und effizientes ist, für politische Stabilität, wirtschaftlichen Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit sorgt“, so der Dalai Lama.

Kann man mit einer Autonomie à la Südtirol also die Tibetfrage lösen? Nein, glaubt der Dalai Lama: Kein Autonomiemodell könne eins zu eins auf seine Heimat umgelegt werden. Es gehe vielmehr um die Frage, wie Detailbereiche geregelt werden - man denke an die Pflicht zur Zweisprachigkeit, an den ethnischen Proporz, an die weit reichenden politischen und administrativen Spielräume. Diese Aspekte in etwaige Verhandlungen mit China einbringen, auf funktionierende Systeme verweisen zu können, konkrete Lösungsvorschläge parat zu haben – dies sind die Vorteile, die sich aus der tibetisch-Südtiroler Zusammenarbeit ergeben.

Doch eines ist klar: Noch fehlt für Tibet die Grundlage einer Autonomie, noch fehlt der Willen Chinas, den Tibetern eine Autonomie zu gewähren, die diesen Namen verdient, noch fehlt ein tibetisch-chinesischer Pariser Vertrag. ■

J. Christian Rainer, LPA



J. Penner



Arno Prell